

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Auf einen Blick

Diplomfeier beim ATV

Diesen Freitagabend um 18 Uhr fand in der Aula der Oberschule Vaduz die Diplomfeier des Abendtechnikums Vaduz (Abteilung Tiefbau und Maschinenbau) statt. Nebst den Ansprachen von Regierungschef Hans Brunhart und eines Diplomanden, dem Festvortrag von Dr. Hans-Dieter Seghezzi und diversen musikalischen Beiträgen, stand natürlich die Verteilung der Diplommurkunden und Zeugnisse an die Absolventen des ATV im Mittelpunkt der Feier. Die Diplomarbeiten der beiden Fachrichtungen Maschinen- und Tiefbau werden in der Aula der Oberschule Vaduz (hinter der Parkgarage) zu folgenden Zeiten ausgestellt: Montag, 23. Januar bis Freitag, 27. Januar, von 17.30 bis 20.30 Uhr sowie am Samstag, den 28. Januar von 14 bis 17 Uhr. Zum Besuche wird herzlich eingeladen. Einen Bericht über die Diplomfeier des ATV lesen Sie in unserer Montagsausgabe.

Umweltschutzkalender 1984

In den letzten Tagen ist der für das Jahr 1984 ausgearbeitete Umweltschutzkalender an sämtliche Haushaltungen des Landes verschickt worden. Nebst vielen Informationen und Tipps zum Schutze unserer Umwelt, enthält der vom Atelier Louis Jäger im Auftrag der Regierung gestaltete Kalender u.a. auch spezifisch liechtensteinische Daten über Feiertage, Schulferien, Veranstaltungen usw. Die Landesverwaltung macht nun darauf aufmerksam, dass noch weitere Exemplare beim Amt für Gewässerschutz in Vaduz (Tel. 66303) bezogen werden können. Angesprochen werden insbesondere Industrie- und Gewerbebetriebe im Land.

Ruggell erhält neues Pfarrhaus

Der Ruggeller Gemeinderat hat den Beschluss gefasst ein neues Pfarrhaus auf dem Grundstück südlich der Kirche zu bauen. Von einer ursprünglich ins Auge gefassten Sanierung des alten Pfarrhauses ist abgesehen worden, da das Gebäude vom Aspekt des Raumbedarfs her betrachtet in der bestehenden Form den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt. Es soll aber erhalten bleiben, wobei der spätere Verwendungszweck noch offen steht. Das Objekt ist von der Denkmalschutzkommission als erhaltungswürdig erachtet worden. Für den Neubau wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, zu welchem mehrere Architekten eingeladen worden sind. Als Wettbewerbssumme stehen insgesamt 15000 Franken zur Verfügung. Die Eingabe der Pläne soll anonym bis zum 31. Januar 1984 erfolgen. Die Pläne sollen von einer Jury, aber auch von der Bevölkerung beurteilt werden können. Es ist geplant, dass die Besucher im Rahmen einer öffentlichen Ausstellung die Möglichkeit zur Abgabe ihres Urteils haben.

«Fase»: Aussergewöhnliches Tanztheater

Das Theater am Kirchplatz bringt am Mittwoch, den 25. Januar um 20 Uhr ein Tanztheater mit den beiden jungen Tänzerinnen Anne Teresa De Keersmaeker und Michele Anne De Mey. Sie zeigen «Fase». «Four movements on the music of Steve Reich.» Sie gehören zu den wichtigsten Vertretern der Neuen Choreographie, ihr eindringlicher Tanz voll virtuoser Präzision und spielerischer Leichtigkeit fordert auf zu genauem Sehen, es ist eine brillante Synthese von Mathematik, Tanz, Alltagsbewegung und Emotion. Bewundernswert allein ist die physische Leistung und die nie nachlassende Konzentration der Tänzerinnen.

Eine dauerhafte Grundlage für den Frieden schaffen

Die Eröffnungserklärung der liechtensteinischen Delegation an der KVAE

Im Rahmen der Eröffnungsphase der KVAE hat Regierungschef Hans Brunhart am Donnerstag nachmittag in Stockholm folgende Eröffnungserklärung namens der liechtensteinischen Delegation abgegeben:

Aus verschiedenen Gründen richtet sich nun die Aufmerksamkeit der europäischen Völker teils hoffnungsvoll, teils in skeptischer Erwartung auf die schwedische Hauptstadt und auf unsere Arbeit.

Im Anschluss an das Madrider-Treffen haben die Vertreter der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE beschlossen, in einem weiteren Schritt eines der Probleme, die den europäischen Kontinent belasten, in Angriff zu nehmen, nämlich den Rüstungswettlauf.

Die Zeit nach dem Krieg

Überaus deutlich erkennen wir, 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dass in der Zwischenzeit zwar manches geschah, um den Völkern unseres Kontinents den Zugang zu Frieden und Wohlstand zu sichern. Tatsächlich haben diese Bemühungen einer Reihe von europäischen Staaten eine Entwicklung in Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht. Dem stehen auf unserem Kontinent auch Kräfte gegenüber, von denen wir ganz anders befürchten müssen.

Aus einer unverantwortbaren innereuropäischen Bedrohung ergibt sich eine Entwicklung, die uns alle immer mehr ins Abseits führt. Europa ist besonders durch seine künstlich aufrechterhaltenen Teilung und durch den Rüstungswettlauf immer mehr unfähig, sich den eigentlichen und zukunftsgerichteten Aufgaben der industrialisierten Nationen der Welt zu stellen. Wir hören zu wenig den Schrei der Not und des Elends, der aus anderen Teilen der Welt zu uns dringt. Damit verkennen wir in fundamentaler Weise unsere eigentliche Aufgabe vor der Geschichte und für die Zukunft.

Es ist das Verdienst verschiedener politischer Kräfte und vieler Gruppen von Menschen, besonders auch der Kirchen, in allen unseren Ländern den Ruf nach der Besinnung auf diese Aufgaben wachzuhalten. Und es ist gerade auch das Verdienst eines neutralen Landes, nämlich Schwedens, diesen Ruf gehört und auf die Einberufung der KVAE gedrungen zu haben.

Hat die KVAE eine Chance?

Ist dieser Ruf nach Beendigung des Wetttrübens realistisch? Besitzt die Konferenz, zu der wir nun zusammengetreten

sind, die Voraussetzungen, zu Resultaten zu gelangen? Wird sie, anders als bisherige derartige Bestrebungen, verbindliche Richtlinien zur Eindämmung und zum Abbau der Rüstung erarbeiten? Oder verbirgt sich hinter ihr ein Schwarzpeterspiel, d.h. ein weiterer Versuch, die Schuld an dauernder Spannung und steigender Rüstung dem Rivalen zuzuschreiben? War der Weg der Abrüstungskonferenzen seit Beginn dieses Jahrhunderts nicht mit guten Vorsätzen gepflastert? Die Antwort auf diese Fragen ist nicht nur von Hoffnung, nein, von ebenso vielen Enttäuschungen gekennzeichnet.

Wir sehen das grosse Verdienst des Madrider-Treffens der KSZE darin, der Konferenz von Stockholm verbindliche Richtlinien für ein realistisches Aufarbeiten der Abrüstungsproblematik vorgeschrieben zu haben. Ein wesentlicher Punkt dieser Richtlinien ist die Definition des Mandates, gemeint ist die Festlegung des Gebietes, in dem die Aufgabe darin besteht, zu militärisch bedeutsamen, zu juristisch verbindlichen und zu kontrollierbaren vertrauensbildenden Massnahmen zu kommen. Ein zweiter wesentlicher Punkt ist das methodische Vorgehen. Etappenweise werden folgerichtig zuerst vertrauensbildende Massnahmen ins Auge gefasst, die für die beteiligten Staaten zusätzliche Sicherheit schaffen sollen, so dass in einer zweiten Phase eine Reduktion der Rüstung angestrebt werden kann.

Gleichberechtigte Partner

Ein weiteres, ebenso-wichtiges Merkmal der Verhandlungen von Stockholm wird sein, dass sie den Verfassungsregeln der KSZE entsprechen müssen. Sie können also nicht von Block zu Block, sie müssen zwischen 35 souveränen Staaten geführt werden. Das wird nicht verhindern, dass jeder Staat frei bleibt, die Verbindungen mit Partnern zu suchen, die seiner Allianzpolitik oder seiner Allianzfreiheit entsprechen. Die Verfahrensregeln der KSZE werden jedoch sicherstellen, dass alle, auch die kleinsten, unter gleichen Bedingungen verhandeln. Diese nüchterne, selbstaufgelegte Disziplin, die Verpflichtung zu schrittweisem Vorgehen scheint uns, bei gutem und ehrlichem Willen von allen Seiten, eine gute Voraussetzung für einen möglichen Erfolg der Konferenz von Stockholm zu sein. Es ist vielleicht das erste Mal in der insgesamt enttäuschenden Geschichte der Ab-

rüstungskonferenzen, dass Verhandlungen unter so präzisen und realistischen Eingrenzungen beginnen. Auf der anderen Seite schiene der Misserfolg dieser Konferenz vorgezeichnet, wollte man diese Regeln nicht einhalten.

Liechtenstein geht von folgenden Voraussetzungen an die Stockholmer-Konferenz heran:

Liechtenstein besitzt keine Streitkräfte und verhält sich neutral zwischen zwei neutralen Nachbarstaaten.

Die liechtensteinische Regierung ist der Auffassung, dass die zehn Prinzipien der Helsinki-Schlussakte unter den 35 Teilnehmerstaaten unverbrüchlich eingehalten werden müssen, und dass die Gültigkeit der Schlussakte, die von allen Teilnehmern auf höchster Ebene unterzeichnet wurde, an sich die erste und hinreichende Garantie für die Sicherheit aller darstellen muss. Durch vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung werden zusätzliche Elemente der Sicherheit in erster Linie für die grossen Staaten geschaffen und wird die Spannung unter ihnen herabgesetzt. Die kleineren Staaten sind aber weiterhin in erster Linie von der Einhaltung des Rechtes und der Respektierung der Prinzipien guter Beziehungen abhängig. Ihre Bedrohung durch grosse Staaten wird durch Abrüstung der strategischen Überkapazitäten allein noch nicht wesentlich gemindert.

Bekanntnis zur Entspannung

In diesem Sinne ist die KSZE und das darin abgelegte Bekanntnis zur Fortsetzung der Entspannung ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten. Die KVAE ist nur innerhalb des ehrlichen Bekenntnisses und im Rahmen der eingegangenen Verpflichtungen zu allen Teilen der Helsinki-Schlussakte denkbar. Die Verantwortung, an der KVAE zu Resultaten zu kommen, liegt daher in erster Linie bei jenen Staaten, die ein hohes Rüstungspotential entwickelt haben. Auch die besten Richtlinien und Mandate werden wenig nützen, wenn nicht ehrliche Besinnung um sich greift. Abrüstungsgespräche bedeuten nicht nur Vergleiche von Zahlen. Sie setzen ein politisches Klima voraus. Begriffe wie Vertrauen und Entspannung sind durch verschiedene Ereignisse in den letzten Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Sie müssen durch eine ehrliche Besinnung auf alle Teile der Helsinki-Schlussakte eine Aufwertung erfahren,

wenn die Konferenz von Stockholm zu den Resultaten kommen soll, die wir alle erhoffen. Die Spannungen müssen verringert und eine dauerhafte Grundlage für den Frieden erreicht werden.

Es ist vorauszu sehen, dass diese Verhandlungen nicht einfach sein werden, und dass geduldige und hartnäckige Arbeit bevorsteht. Auf der Grundlage der vorgebrachten Zielsetzungen wird sich auch die liechtensteinische Delegation bemühen, zum Erfolg beizutragen.

Tollwut im ganzen Landesgebiet

Ein Aufruf des Veterinäramtes

Bei einem in Eschen tot aufgefundenen Fuchs wurde Tollwut als Todesursache nachgewiesen. Nachdem im vergangenen Jahr bei 19 an die Tollwutzentrale Bern eingesandten Tierkadavern neunmal Tollwut festgestellt wurde (6 Füchse, sowie Ende letzten Jahres 1 Hund und 2 Rinder / alle Oberland), ergibt sich heute gesamthaft das Bild einer akuten Tollwutsituation in unserem Lande. Dabei muss speziell das Gebiet entlang des Rheines als stark verseucht gewertet werden. Es ergeht deshalb an die Jägerschaft der dringliche Appell, die Fuchsbejagung in den Rheinauen zu forcieren. Ebenso sind Eltern und Lehrerschaft gebeten, die Kinder vor dem Kontakt mit fremden Tieren und Fallwild zu warnen — auch hier ist vorbeugen besser als nachher impfen!

Zur Bekämpfung der Tollwut wird dieses Frühjahr zusammen mit den benachbarten Bezirken Werdenberg und Sargans und erstmals in unserer Region, im Grossversuch, die Schluckimpfung der Füchse gegen Tollwut erprobt werden.

Das Veterinäramt hofft, dass dieser Methode zur Bekämpfung der Tollwut Erfolg beschieden ist und damit die Tollwutgefährdung von Mensch und Tier stark gemindert werden kann.

FBP Balzers: Podium interessanter Informationen

Gut besuchte und lebhaft verlaufene Ortsgruppenversammlung befasste sich mit vielen Themen aus der Landes- und Gemeindepolitik

(gs.) — Eine interessante Ortsgruppenversammlung in der vor allem die Information im Mittelpunkt stand erlebten rund siebzig Parteifreunde, unter ihnen erfreulich viele Damen, am Mittwochabend im Hotel «Riet» in Balzers. Obmann Walter Hasler, der speditiv durch die gut organisierte Versammlung führte, konnte neben den Balznerinnen und Balzern auch Parteipräsident Dr. Herbert Batliner und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt begrüssen.

So war der Schulterschluss zwischen Land und Gemeinde, zwischen Ortsgruppe und Parteivorstand, hergestellt. Nach dem Vorstellen der Themen, die sowohl Landes- wie auch Gemeindepolitik umfassten, gab Parteipräsident Dr. Herbert Batliner einen Überblick über die aktuelle Politik.

Nur drei Dreizeiler

Die Bürgerpartei habe weiter an Bürgernähe gewonnen. Dies sei vor allem vermehrter Information zu verdanken. Nur eine umfassende Information führe zur Mitentscheidung und zu kompetenter Mitsprache in den Sachthemen. Positiv habe sich die Arbeit des neuen Parteise-

ekretärs Edgar Nipp ausgewirkt. Die Jugend sei vermehrt einbezogen worden. Er freute sich deshalb, dass neben den Damen auch eine grosse Zahl jugendlicher Parteifreunde an diesem Abend anwesend seien. Nachdem die Abstimmung der Eschner nur drei Tage zurücklag,



Die FBP-Veranstaltung in Balzers war gekennzeichnet von einer guten Teilnahme, von sachlichen Diskussionen und vom Willen auch weiterhin zum Wohle der Gemeinde zu arbeiten. (Bild: HM)

stand dieses Thema im allgemeinen Interesse. Es hätte, so Parteipräsident Dr. Batliner, bei der letzten Landtagssitzung nur die Änderung von drei Dreizeilern bedurft, um das Frauenstimmrecht auf Landesebene einzuführen. Es sei nun genug geredet und es gelte, endlich zu han-

deln. Das Frauenstimmrecht sei in den Statuten der FBP enthalten und in zahlreichen Gremien wirken Frauen mit.

Aufgabe der Opposition

Eine wichtige Aufgabe der Opposition sei die Kontrolle der Regierung. Der Regierungschef habe verschiedenste Regierungsgeschäfte und Vorlagen angeknüpft. Es gelte zu Beginn des neuen Jahres zu prüfen, was daraus geworden sei. Zahlreiche Arbeitsgruppen befassten sich mit verschiedensten aktuellen Themen. So etwa die Bürgerrechtsfrage, mit Jugend und Sport, der dem Steuergesetz, wo man eine eigene, parteinterne Kommission eingesetzt habe. Auch das Baugesetz sei durch die Initiative der FBP-Abgeordneten in eine Kommission verwiesen worden. Als eine wichtige Aufgabe bezeichnete Dr. Batliner die Schaffung eines neuen Sozialhilfegesetzes.

Jeder Sechste mit Matura

Aus der Sicht der Regierungstätigkeit informierte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt. Die Gemeinden würden

(Fortsetzung auf Seite 2)